

Paul Schäfer (LINKE)

Bundestagswahl 2013 Interview mit dem Linke-Direktkandidaten für Bonn



Die Campus-Web Redakteure Ansgar Skoda und Michael Herth trafen den Diplom-Soziologen Paul Schäfer an einem sonnigen Vormittag im Wahlkreisbüro der Linken in Bonn. Sie sprachen mit dem Bundestagsabgeordneten und Verteidigungspolitischen Sprecher der Fraktion Die Linken unter anderem über nachhaltige Bildung, das bedingungslose Grundeinkommen und mögliche Regierungskoalitionen.

campus web: Herr Schäfer, Sie waren selbst eine Zeit lang arbeitslos und haben sich durch Kellnern und Taxifahren über Wasser gehalten. Braucht es heutzutage nicht solche authentischen Politiker, die

eben keinen perfekten Lebenslauf haben?

Paul Schäfer: Ob das jetzt der optimale Weg ist, weiß ich nicht. Aber man lernt in dieser Zeit schon etwas fürs Leben. Die Erfahrung, zum Arbeitsamt zu gehen, das schlägt einem schon aufs Gemüt. Das ist ein anderes Leben, wenn man plötzlich nur ganz wenig Geld hat. Das einmal erlebt zu haben ist ganz nützlich für einen, der dann in die Politik geht. Ich find es ganz gut, wenn man auch berufliche Erfahrung woanders gesammelt hat.

Was raten Sie denn jungen Leuten, die vielleicht selber mal im Bundestag arbeiten wollen?

Viele Arbeitsplätze im Bundestag sind „closed jobs“. Gerade für Tätigkeiten bei Fraktionen und Abgeordneten sollte man schon „Stallgeruch haben“, also eng mit der jeweiligen Partei verbunden sein. Politisches und gesellschaftliches Engagement kann auch sehr helfen: Ich bekam gleich zweimal Stellen, obwohl mir das passende Parteibuch fehlte.

Bleiben wir beim Thema Beruf und Bildung. Wie will die Linke dem demographischen Wandel am Arbeitsmarkt entgegenwirken? Und wie will sie uns junge Akademiker in die Arbeitswelt bringen?

Wir wollen ja grundsätzlich eine aktivere Beschäftigungspolitik machen, nicht nur bei Akademikern. Wir wollen zum Beispiel Beschäftigungen im Öffentlichen Dienst ausbauen. In den letzten 15 Jahren sind 100 000 Stellen gestrichen worden, diesen Trend gilt es umzukehren.

Aber auch im ökologischen Bereich, in der erneuerbaren Energie wollen wir Stellen ausbauen, auch mit staatlichen Programmen. Da geht es um Ingenieurwissenschaften etc. In der Bildung sind beispielsweise die Betreuungsverhältnisse an Hochschulen wichtig. Wenn ich sage, wir wollen Universitäten und Schulen ausbauen, wäre das auch für Geisteswissenschaftler fördernd.

Was will die Linke denn konkret im Bildungssektor z.B. bei Schulen ändern?

Wir wollen eine Schule für alle. Alles, was die Schule und Universitäten anbetrifft, ist chronisch unterfinanziert. Nur auf Exzellenz zu setzen, wie es Frau Schavan (ehem. Bildungsministerin, CDU, Anmerk. der Redaktion) getan hat, ist ein völlig verengter Zugang. Da muss erheblich investiert werden, auch bei der Qualifikation der Betreuer. Wir sind zudem für Ganztagschulen, um der Benachteiligung für Kinder, die aus bildungsferneren Schichten kommen, entgegenzuwirken.

Aber Ganztagschulen belasten die Kinder ja auch sehr. Sie haben weniger Freizeit und können keinen Hobbys mehr nachgehen.

Das ist ja die Frage, wie man so etwas gestaltet. Wenn man acht oder neun Stunden nur „büffelt“, dann ist das fatal. Das ist doch klar. Es können ja auch Projekte sein, die Spaß machen. Dinge, die man heute in Vereinen macht – Sport, Musik, gesellschaftliches Engagement.. Man kann, wie in den USA, Kooperationen mit Vereinen machen und vieles Mehr.

Ganztagsschulen sind für uns ein wichtiges Mittel, um Bildungsnachteile auszugleichen. Aus diesem Grund sind wir auch für eine Gemeinschaftsschule, in der die Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam ausgebildet werden. So kann man viel mehr und intensiver auf individuelle Begabungen eingehen und die Lernziele Solidarität, soziales Verhalten, demokratische Teilhabe praktisch erlebbar machen. Und schließlich wollen wir auch nicht, dass die Kinder zu früh getrennt werden. Das ist schlecht für das Sozialverhalten, das belegen Statistiken.

Ihre Partei fordert auf Wahlplakaten die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Was halten Sie von der sehr viel weitgreifenderen Forderung der Piraten nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eine spannende Idee, die weiter diskutiert werden soll. Unsere jetzige Parteivorsitzende Katja Kipping ist eine prononcierte Verfechterin des Grundeinkommens. Diese Idee wird etwa als ein gutes Modell gegen Dumping-Löhne eingeschätzt. Arbeitnehmer würden sich dann nicht mehr so viel gefallen lassen. Allerdings werden regelmäßig Bedenken dagegen formuliert, die ich teile. Die Herren Ackermann und Winterkorn brauchen kein Grundeinkommen. Das wäre ja absurd. Den Vermögenden müsste man also über höhere Steuersätze wieder wegnehmen, was man ihnen zuvor als Grundeinkommen gegeben hat. Diese Art von Umverteilungsbürokratie finde ich absolut nicht einleuchtend.

Auch halte ich die Annahme, die dem zugrundeliegt, nämlich dieser Gesellschaft gehe die Arbeit aus, für grundverkehrt. Man braucht vielleicht weniger Arbeitsquantum pro Kopf durch den Produktivitätsfortschritt. Aber ein Grundeinkommen würde auch den Kampf für Vollbeschäftigung schwächen, weil gesagt würde, man richte sich schon darauf ein, dass nicht die Gesamtheit der Bevölkerung arbeiten möchte.

Wie geht ihre Partei mit der Aussage Steinbrücks im TV Duell um, dass die SPD nach den Wahlen eine rot-rot-grüne Koalition mit den Linken ausschließt?

Die SPD bleibt offensichtlich stur. Die Vorstellung, dass sie als SPD und Grüne noch 10 Prozentpunkte aufholen könnte, ist bei den lokalen Umfragewerten sehr kühn. Es gibt jedoch außerhalb der Führungsebene auch Lockerungsübungen in den genannten Parteien dahingehend, ob man nicht doch unter bestimmten Voraussetzungen über eine Koalition nachdenkt. Ich bin da allerdings nicht sehr optimistisch.

Die SPD und die Grünen werfen der Linken vor, innerparteilich aufgrund des großen Machtkampfs zwischen Ost und West so zerstritten zu sein, dass ein Koalitionsbündnis nicht möglich sei. Muss nicht auch die Linke anfangen, sich selbst zu orten und auch den Schritt auf SPD und Grüne ein bisschen kräftiger zugehen?

Ja.

Warum wurden Sie für die kommende Bundestagswahl nicht auf die Landesliste der Linken NRW gesetzt?

Ich habe nicht für einen Platz auf der Landesliste der LINKEN kandidiert. Meine Lebensplanung sieht anders aus.

Machen sich die Linken mit dafür stark, dass das Gesetz für Rentenanwartschaften für Kinder vor 1992 pro Kind sich auf eine dreijährige Kindererziehungszeit und somit auf drei Rentenpunkte auf dem Rentenkonto summiert, oder werden diese geburtenstarken Jahrgänge weiterhin benachteiligt? Wird Angela Merkel hier ihr Versprechen einer Mütterrente nach den Wahlen umsetzen?

Es gibt keinen Grund dafür, dass Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, bei den Rentenpunkten benachteiligt werden. Es ist unfair, hier einfach einen relativ willkürlichen Stichtag zu wählen. Doch es geht um erhebliche Summen und die Union möchte ihre Sparpolitik im Haushalt weiterverfolgen. Deshalb ist auch der Entwurf einer Lebensleistungsrente von Ursula von der Leyen umstritten. Denn die Union stellt alle ihre Wahlversprechen sowieso

unter Finanzierungsvorbehalt. Ich wäre also eher pessimistisch, dass sie diese Versprechen umsetzen wird. Erfahrungsgemäß stehen Renten und Sozialleistungen immer ganz oben auf den Streichlisten. Deshalb muss klar festgelegt werden, dass es eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro gibt, die aus Rentenversicherungs- und notfalls aus Steuermitteln gezahlt wird.

Herr Schäfer, vielen Dank für das Gespräch!

*Lest auf einem Blog von Ansgar Skoda einen **zweiten Teil** des Interviews. Hier verrät Paul Schäfer mehr über seine Einschätzung zum Syrien-Konflikt, nachhaltige Verteidigungspolitik und die Fälle Murat Kurnaz und Edward Snowden.*

*Aktuelles und Vita von **Paul Schäfer**.*

Autor: Michael Herth, Ansgar Skoda **Bild:** Ansgar Skoda / 17.09.2013

Artikel drucken